

OMV— Report



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Südwestsachsen

Jahrgang 1, Ausgabe 1, 28. Februar 2008

OMV setzt sich für Stärkung des Themas Vertreibung im Geschichtsunterricht ein



von Kai Hähner (Vorsitzender OMV Südwestsachsen)

Liebe Mitglieder und Freunde der OMV,

die OMV blickt auf eine lange und ereignisreiche Geschichte zurück. Mit ihrer Vorgängerorganisation, dem Landesverband Oder/Neiße der CDU, vertritt die Vereinigung seit 1950 die Interessen der Vertriebenen und Spätaussiedler in der CDU und hat sich als politisches Sprachrohr in der Öffentlichkeit bewährt. Auch im Freistaat Sachsen will die OMV ihre Aktivitäten verstärken und vor allem regional aktiv werden. Im Juni letzten Jahres hat sich der Kreisverband der OMV Südwestsachsen in Chemnitz gegründet. Er umfasst das Gebiet der neuen Kreise Mittelsachsen, Erzgebirge, Zwickau und Chemnitz. Zu Ihrem Vorsitzenden wurde Kai Hähner aus Chemnitz gewählt. Dem Vorstand gehören

weiterhin Jörg Unger als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Helmut Rotsch als Schatzmeister sowie die Adolf Braun, Falk Haude, Rudolf Meinel, Alexander Schulz und Christian Zapp als Beisitzer an. Besonders begrüßenswert ist die gesunde Mischung aus Erfahrung und jugendlichem Elan innerhalb des neuen Vorstandes. Mit unserem neuen OMV-Report, der künftig mehrmals im Jahr erscheinen wird, möchten wir unsere Mitglieder über Ereignisse und Neuigkeiten aus der OMV aber auch aus den einzelnen Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen informieren. Unser Kreisverband hat bereits erste Akzente gesetzt. Nach Gesprächen mit den Fachberatern Geschichte im Bereich der Bildungsagentur Chemnitz haben wir erreicht, dass das Thema Vertreibung eine breitere Aufmerksamkeit im Geschichtsunterricht der Gymnasien erhält. Zunächst werden wir in Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften Weiterbildungsseminare für Geschichtslehrer im kommenden Schuljahr anbieten.

Steinbach begrüßt, dass die Bundesregierung das Dokumentationszentrum zur Vertreibung realisiert

Zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten „sichtbaren Zeichens“ zu Flucht und Vertreibung in Berlin erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB: Ich begrüße, dass die SPD im Deutschen Bundestag die Blockade des im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 vereinbarten „sichtbaren Zeichens“ zu Flucht und Vertreibung endlich aufgegeben hat. Damit folgt die SPD vielen Sozialdemokraten und sozialdemokratisch geführten Kommunen im ganzen Land, die schon lange eine Patenschaft für die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN übernommen und deutlich gemacht haben, dass sie die Errichtung einer Dokumentationsstätte in Berlin unterstützen. Selbstverständlich waren und sind die deutschen Heimatvertriebenen in die Vorarbeiten zu der Konzeption eng eingebunden und werden in den wichtigen Gremien der von der Bundesregierung zu errichtenden Stiftung vertreten sein. Der Sprecher der Bundesregierung hat bereits im Juli nach einem Gespräch von Bundeskanzlerin Merkel mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen mitgeteilt,

dass Einvernehmen darin besteht, dass unser Verband ebenso wie die gemeinnützige Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN angemessen in die Planungen sowie die spätere Arbeit der Einrichtung eingebunden werden. Das Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof ist ein sehr gut geeignetes Gebäude für diese Dokumentationsstätte. Über viele Jahre hatten und haben dort Einrichtungen von Vertriebenen ihren Sitz. Dieser Ort stößt auf sehr große Sympathien bei den Betroffenen. Wenn dieses Vorhaben der Bundesregierung gut gelingt – und ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingt – dann werden die deutschen Heimatvertriebenen sich hier angekommen und angenommen fühlen können. Und für die Erlebnisgeneration wird es am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat. Dieses Dokumentationszentrum ist ein Zeichen der Solidarität aller Deutschen mit den Vertriebenen.

Pressemitteilung des BdV (10/2007)

Falsch-Interpretation des CDU-Grundsatzprogramms durch polnische Medien

Zum Beschluss des neuen Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf dem 21. Parteitag in Hannover erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter):

Auf dem 21. Parteitag der CDU Deutschlands haben die Delegierten das neue Grundsatzprogramm beschlossen. Im Grundsatzprogramm sind - wie bisher - klare Aussagen zu den Anliegen der Heimatvertriebenen, der deutschen Spätaussiedler sowie der deutschen Volksgruppen im Ausland enthalten. Dem entgegen hatte die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita vom 05.12.2007 berichtet, „im neuen Grundsatzprogramm würden die Anliegen der Heimatvertriebenen nicht mehr so wie im Grundsatzprogramm aus der Kohl-Zeit, als man von der Anerkennung der missachteten Rechte der Vertriebenen sprach, vertreten“.

und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich. Wir treten für ein internationales und europäisches Volksgruppen und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. 327. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.“

Diese Aussagen stehen in Kontinuität zum letzten Hamburger Grundsatzprogramm von 1994. Die CDU bleibt verlässlicher Partner der Vertriebenen und Aussiedler. *Pressemitteilung OMV, 6. Dezember 2007*

Volker Kauder erhält Wenzel-Jaksch-Medaille des Bundes der Vertriebenen

Der Bund der Vertriebenen wird auf seinem Jahresempfang am 4. März Berlin dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, die Wenzel-Jaksch-Medaille verleihen. Der BdV dankt Volker Kauder damit für seinen engagierten Einsatz, das Thema Flucht und Vertreibung zu verfilmen. Ohne ihn, das hat der Regisseur Joseph Vilsmaier deutlich hervorgehoben, würde es den Film über den Untergang des Flüchtlingsschiffes Wilhelm Gustloff

nicht geben. Volker Kauder war die treibende Kraft sowohl für die Verfilmung als auch für die Vorabvorbereitung einer Kurzfassung des Zweiteilers für alle Mitglieder des Deutschen Bundestages. Zudem hat er sich engagiert für das sogenannte „Sichtbare Zeichen“ für Flucht und Vertreibung eingesetzt und er hat dazu beigetragen, dass die Ausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen als Wanderausstellung der Öffentlichkeit weiter zugänglich ist.

Wahlniederlage für Deutsche Minderheit im Opolner Land

Schlechtes Ergebnis für die Deutsche Minderheit bei den Polnischen Parlamentswahlen im letzten Oktober: Zwar hat die Deutsche Minderheit im Opolner Schlesien nur 2000 Wählerstimmen weniger erhalten als bei den vorigen Wahlen. Doch die jetzt 8,81 % (32.462 Stimmen) reichen nur noch für einen Parlamentssitz im polnischen Sejm. Der einzige Abgeordnete ist mit 8.193 Stimmen Ryszard Galla. Größter Verlierer ist Henryk Kroll, für den 7.897 Wähler votiert haben. Einen Senator stellt die Minderheit nicht. Die Bürgerplattform PO hat im Opolner Land 7 von 13 Sejm-Mandaten errungen. Die PiS hat 3 Mandate, LiD, MN und PSL jeweils eines. Sehr viele Angehörige der Minderheit haben ihre Stimme für die PO abgegeben, vermutlich ca. 6.000 bis 8.000.

15-jähriges Bestehen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Sachsen

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Freistaat begeht in diesem Jahr ihr 15-jähriges Bestehen. Das Ereignis wird mit einer Festveranstaltung am 19. April um 10.30 Uhr im Platner Hof in Chemnitz gefeiert. Unter anderen begrüßt die Landsmannschaft den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Dr. Fritz Hähle als Gast. Die Landsmannschaft wird sich auch weiterhin für die Wahrung eines alten deutschen Kulturgutes einsetzen. Ein Höhepunkt hierzu ist die Ausstellung „Wo ist unsere Heimat“ über Vertriebene im Freistaat Sachsen vom 14. April bis 29. Mai nächsten Jahres im Sächsischen Landtag. Die Ausstellung zeigt die Geschichte der ehemaligen Siedlungsgebiete der Deutschen im Osten Europas bis hin zu Flucht und Vertreibung.

Impressum: Der OMV-Report wird als Mitgliederzeitung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Südwestsachsen (OMV) herausgegeben. ViSdP ist der Vorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Kai Hähner. Angaben nach § 6 TDG/§ 10 MDStV: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Kontakt: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Südwestsachsen, c/o CDU Chemnitz, Markt 5, 09111 Chemnitz
Telefon: 0371-6661955, Fax: 0371-6664945, e-mail: info@omv-suedwestsachsen.de

Vorstand: Kai Hähner (Vorsitzender), Jörg Unger (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Helmut Rotsch (Schatzmeister), Adolf Braun (Beisitzer), Falk Haude (Beisitzer), Rudolf Meinel (Beisitzer), Christian Zapp (Beisitzer), Alexander Schulz (beratendes Vorstandsmitglied)

Merkel versichert auf OMV-Bundesdelegiertentagung: Interessen der Vertriebenen und Aussiedler bleiben auf der Agenda der Regierungspolitik

Auf der diesjährigen Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), die an diesem Wochenende unter dem Leitwort „Heimat ist Menschenrecht“ in Berlin stattfindet, ist der langjährige, ehemalige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) mit 96 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler bestätigt worden. Sauer, der seit 1989 Bundesvorsitzender der OMV und seit 1990 Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands ist, dankte den Delegierten für ihr Vertrauen und wertete die Anwesenheit der Bundeskanzlerin sowie des Bayerischen Ministerpräsidenten als Beleg dafür, dass die Stimme der Vertriebenen und Spätaussiedler in der bundesdeutschen Politik gehört und beachtet werde. Die CDU sei die einzige politische Kraft in der Bundesrepublik, in der die Anliegen der Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten im Ausland Berücksichtigung fänden und vertreten würden - so Sauer. In ihrer Rede vor den über 120 anwesenden Delegierten und Gästen sowie zahlreichen Vertretern der Presse hob die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel MdB, hervor, dass die Interessen der Vertriebenen und Aussiedler auf der Agenda der Regierungspolitik blieben. Unter der unionsgeführten Bundesregierung sei der Fokus wieder verstärkt auf Vertriebene und Aussiedler gelegt worden. Die Kanzlerin bezeichnete in ihrer Rede das Schicksal der Vertriebenen als „Teil der gesamtdeutschen Geschichte“ und damit Teil des gesamtdeutschen Schicksals. Merkel ging auch auf den Begriff der Heimat - der im Mittelpunkt der Beratungen der Bundesdelegiertentagung stand - ein: Heimat sei immer etwas, was auch einen Teil der eigenen Identität bestimme. Heimat sei etwas Vertrautes und gebe Halt und Orientierung. Es sei unsere Aufgabe, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung für künftige Generationen lebendig zu halten - so die Kanzlerin weiter. Unrecht bleibe Unrecht, das auch beim Namen genannt werden müsse. Nach unzähligen intensiven Gesprächen sei man auf einem guten Weg, in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ zu errichten, das an das Schicksal der Vertriebenen erinnern soll. Man befinde sich diesbezüglich „auf der letzten Etappe“ - so Kanzlerin Angela Merkel. Merkel bekannte sich in ihrer Rede klar zur Verantwortung für die Spätaussiedler sowie die deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa. Sie ging auch auf den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands ein: In diesem fänden sich zahlreiche klare Aussagen zu den Anliegen der Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der deutschen Volksgruppen im Ausland. Schließlich dankte Merkel dem OMV-Bundesvorsitzenden, Helmut Sauer (Salzgitter), für sein langjähriges Engagement in CDU und OMV. Ihm sei es mit zu verdanken, dass in unserem Land über viele Jahrzehnte ein geschärftes Bewusstsein für die tiefen Wunden entstanden sei, die durch Vertreibungen geschlagen

wurden. Der Bayerische Ministerpräsident, Dr. Günther Beckstein MdL, sicherte den Vertriebenen und Spätaussiedlern seine Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zu. Er wolle auch zukünftig ein „verlässlicher Partner“ an der Seite der Vertriebenen sein. Hinsichtlich des Leitwortes der OMV-Bundesdelegiertentagung hob Beckstein die besondere Bedeutung der Heimat für die Bayern hervor, von der eine besondere Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen herrühre. Vertreibung bezeichnete er als „schlimmstes Unrecht“, weshalb auch ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibungen gesetzt werden müsse. Deutlich verurteilte Beckstein erneut die Benes-Dekrete als Verstoß gegen Menschenrecht, gegen europäisches Recht und gegen Völkerrecht. In Bezug auf die Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarländern betonte der Ministerpräsident, dass im Dialog mit diesen das an den Deutschen begangene Unrecht auch ausgesprochen werden müsse. Beckstein stellte erneut klar, dass sowohl der Bund der Vertriebenen als auch dessen Vorsitzende Erika Steinbach MdB bei der Verwirklichung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ beteiligt werden müssten. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ könne „nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg“ entstehen. Der Parlamentarische Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner MdB, hob die besondere Verpflichtung gegenüber der ihm übertragenen Aufgabe sowie der OMV hervor. Seit die CDU an der Regierung beteiligt sei, fänden die Anliegen der Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der deutschen Volksgruppen wieder Berücksichtigung in der bundesdeutschen Politik. Bergner mahnte Solidarität mit den deutschen Volksgruppen insbesondere in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion an, die ein schweres Kriegsfolgenschicksal zu tragen hätten. Er betonte die eigene Dimension der Zuwanderung von Spätaussiedlern gegenüber dem sonstigen Migrationsgeschehen. Als weitere besondere Gäste wurden Peter Barton, der Leiter des Sudeten-deutschen Büros in Prag, sowie Bruno Kosak als Mitglied der Fraktion der deutschen Minderheit im Opperländer Landtag begrüßt. Beide werden den Anwesenden am Samstag über die aktuelle politische Lage in ihren Ländern berichten. Grußworte an die OMV-Bundesdelegiertentagung richteten Elmar Brok MdEP, Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, sowie der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme MdB und der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS).

Pressemitteilung OMV, Berlin, 16. November 2007

Mehrsprachig: Ein Faktor der Versöhnung

Mit dem Aufstellen zweisprachiger Ortsschilder tut sich Tschechien schwer

Seit 2001 gilt in Tschechien ein Minderheitengesetz. Seit 2005 können autochthone Minderheiten zweisprachige Orts-, Straßen- und Hinweisschilder beantragen, wenn sie mindestens zehn Prozent der Bevölkerung einer Gemeinde stellen. Laut aktueller tschechischer Volkszählung gibt es fast hundert Gemeinden, in denen die deutsche, polnische und slowakische Volksgruppe diese Marke erreicht. Bislang hat allerdings nur die polnische Minderheit von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Seit Jahren laufen in über 30 Gemeinden des Mährisch-Schlesischen Kreises Anträge zur Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder in Tschechisch und Polnisch. Nach einem langen politischen Hickhack über die Finanzierung und das Ausmaß der Regelung, wurden vor wenigen Wochen die ersten zweisprachigen Orts- und Hinweisschilder in Albrechtice/Olbrachcice eingeweiht. Damit ist Tschechien das letzte Land Mitteleuropas, das seinen Minderheiten dieses Grundrecht zugesteht. In Deutschland bestehen im gesamten historischen Siedlungsraum der Sorben, unabhängig vom Minderheitenanteil, zweisprachige Schilder. In Polen wurden vor drei Jahren kaschubische Ortstafeln aufgestellt. Auf Gemeindeebene existieren zweisprachige polnisch-deutsche Schilder in verschiedenen Orten der Wojwodschaft Opeln. Die Aufstellung der ersten polnisch-deutschen Ortstafeln wird dieses Jahr in der schlesischen Gemeinde Radłów/Ra-dlau und ihren Ortsteilen erwartet. Mindestens fünfzehn weitere Gemeinden sollten folgen. Initiativen gibt es in dutzenden mehr. In der Slowakei sind, neben dem gesamten ungarischen Sprachgebiet, auch die wenigen karpatendeutschen Gemeinden, wie zum Beispiel Krahule/Blaufuss, zweisprachig angeschrieben. In Ungarn können zweisprachige Schilder von autochthonen Minderheitenverbänden, unabhängig vom Bevölkerungsanteil, beantragt werden. Daher gibt es bereits hunderte Orte mit bis zu dreisprachiger Benennung. In Österreich wurden seit dem Jahr 2000 in über hundert Gemeinden zweisprachige Orts-, Straßen und Hinweisschilder für die slowenische, kroatische und ungarische Minderheit aufgestellt. Doch wie stehen die Chancen für die historisch größte Sprachminderheit Europas – die deutsche Volksgruppe in Böhmen, Mähren und Schlesien? Scheinbar schlecht, obwohl sich 18 Gemeinden, selbst nach bestehendem tschechischem Recht, für die Aufstellung zweisprachiger Schilder qualifizieren. Es sind dies Medenec/Kupferberg, Tatovice/Dotterwies, Horská Kvilda/Innergefeld, Kryštofovy Hamry/Christophhammer, Strábrná/Silberbach am Erzgebirge, Horní Blatná/Bergstadt Platten, Mikulov/Niklasberg bei Teplitz-Schönau, Abertamy/Abertham, Jo-sefov/Josefsdorf, Kacerov/Katzengrün, Boží Dar/Gottesgab im Erzgebirge, Pernink/Bärringen, Bublava/Schwaderbach im Erzgebirge, Vejprty/Weipert, Staré Sedlo/Altsattl am Erzgebirge, Krásno/Schönfeld bei Falkenau, Královské Poříčí/Königswerth bei Falkenau und Žacléř/Schatzlar.

Auf Anfrage bei der für Minderheiten zuständigen Ministerin, Džamila Stehlíková, erhält man folgende Information: „Die Deutschen in den betroffenen Orten sind nur eine sehr kleine Gruppe in absoluten Zahlen mit einem hohen Durchschnittsalter. Wir wissen, dass sie solche zweisprachigen Schilder nicht unterstützen.“ Schatzlar ist die größte der betroffenen Gemeinden. Dass für Schatzlar zuständige Begegnungszentrum Trutnov/Trautenau bestätigte, dass die deutsche Minderheit in einer Sitzung gegen einen Antrag auf zweisprachige Schilder gestimmt hat. Grund dafür ist die Angst einer seit Jahrzehnten eingeschüchterten Minderheit vor Konflikten mit der Mehrheitsbevölkerung. Ein Mitglied der deutschen Minderheit Westböhmens, das nicht genannt werden will, bringt es auf den Punkt: „Wir wollen nicht dass uns die Tschechen einen Ziegel durchs Fenster werfen!“ Es ist nicht lange her, seit der Gebrauch der deutschen Muttersprache im öffentlichen Raum noch zu Beschimpfungen und Drohungen führte.

Es ist unverständlich, dass Minderheiten in Tschechien gezwungen werden, um die Umsetzung bestehenden Rechtes formell anzusuchen. Dies ist weder in Deutschland noch in Polen oder Österreich der Fall. Auch die 10-Prozent-Hürde entspricht keineswegs dem europäischen „Best Practise“. Länder wie die Schweiz, Deutschland, Ungarn, Slowenien, Großbritannien und Finnland anerkennen die Zweisprachigkeit im gesamten historischen Siedlungsraum einer autochthonen Sprachminderheit, unabhängig vom Minderheitenanteil. So sind Städte wie Cottbus/Chošebuz, Bautzen/Budyšin, Helsinki/Helsingfors, Koper/Capodistria; Sopron/Ödenburg oder Cardiff/Caerdydd offiziell zweisprachig, obwohl die Minderheit meist nur mehr zwischen einem und vier Prozent der Gesamtbevölkerung stellt. Diese Gemeinden akzeptieren ihre Verantwortung für das historische Spracherbe. Auch in Tschechien sollte man sich endlich mit dieser Problematik befassen, und zumindest in jenen Gemeinden, in denen Deutsche vor der Vertreibung die Mehrheit ausmachten, zweisprachige Schilder aufstellen. Als ersten Schritt könnten Gemeinden im Ortskern freiwillig wieder alte deutsche Straßentafeln, neben den tschechischen, anbringen. In manchen Fällen existieren alte deutsche Schilder sogar noch, sind aber überdeckt oder übermalt worden. Die elsässischen Städte Strassburg, Mühlhausen und Colmar haben diesbezüglich Vorbildwirkung. Dort wurden, ohne gesetzliche Grundlage, ganze Stadtteile zweisprachig französisch/elsässerdeutsch beschildert. Die Anerkennung alter deutscher topografischer Bezeichnungen ist fraglos ein Schlüsselfaktor für die Versöhnung zwischen Tschechen und ihrer ehemaligen und verbliebenen deutschen Bevölkerung. Wird sich der tschechische Staat dieser Verantwortung stellen?

Quelle: Payer Zeitung Online, 21. August 2007